

Das Steuerprogramm der Nationalsozialisten

Berlin, 25. Juni.

Die nationalsozialistische preussische Landtagsfraktion hat einen umfassenden Steuerantrag eingebracht, um, wie es in der Begründung heißt, schon jetzt die Grundlage für die Aufarbeitung der kommenden nationalsozialistischen Volksregierung sicherzustellen.

Die Staatsregierung wird in dem Antrag eruchtet, bei der Reichsregierung aufs dringlichste vorstellig zu werden, um sofort eine Aenderung der Einkommenssteuerstaffelung durch Notverordnung zu erreichen. Der steuerfreie Einkommensteil soll von 720 auf 2400 RM erhöht werden, für Ehefrau und unterhaltsberechtigter Kinder von bisher 8 Prozent auf 12 Prozent und von bisher höchstens 600 RM auf nunmehr höchstens 2100 RM. Die Einkommenssteuer bei Einkommen bis zu 8000 RM soll von 10 auf 8 Prozent ermäßigt werden und die bisher 12,5prozentige Einkommenssteuer bei Einkommensteilen von 8 bis 12 000 RM bestehen bleiben, während bei den Einkommensteilen über 12 000 RM eine Staffelung eintritt, die mit 20 Prozent beginnt und für den Einkommenssteil über 46 000 RM auf 80 Prozent steigt. Ferner soll durch Reichsgesetz die volle Erfassung der Gewinne von Kapitalgesellschaften, insbesondere Großbanken, Trusts und Konzernen mindestens in Höhe der Versteuerung der einkommenssteuerpflichtigen Einkommen unter entsprechender Erhöhung der Körperschaftsteuer gewährleistet und durchgeführt werden. Die Staatsregierung soll bei der Reichsregierung gegen die Kürzung der Rentenbezüge für Kriegsoffer, Sozialrentner und Erwerbslose protestieren und die Nichtdurchführung der letzten Notverordnung verlangen.

Weiter besagt der Antrag, daß die gesamten Vermögen der seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ostjuden als unsittliche Bereicherung einer produktiv nicht arbeitenden, sondern raffenden Rasse sofort restlos beschlagnahmt und einem binnen drei Wochen dem Landtag vorzulegenden Gesetz der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden. Das Vermögen sämtlicher Parteibuchbeamten innerhalb Preußens in Staat, Kommunen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Unternehmungen soll sofort sichergestellt werden, um im einzelnen daraufhin untersucht zu werden, wie weit es in Ausbeutung der Amtstellung zu eigenem Vorteil erworben wurde. Soweit das festgestellt wird, soll das Vermögen unbeschadet der strafrechtlichen und disziplinarischen Verfolgung der Parteibuchbeamten in doppelter Höhe beschlagnahmt und der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden. Ebenso wie mit den Vermögen der Ostjuden soll mit sämtlichen im Zusammenhang mit dem Barmat- und Sklarefsandal kompromittierten Persönlichkeiten verfahren werden. In feierlicher, an allen Anschlagtafeln zu veröffentlichernder Aufforderung sollen die preussischen Minister aufgefordert werden, rückwirkend ab 1. Januar auf den 12 000 RM jährlich übersteigenden Teil ihres Gehaltes zu verzichten. Schließlich soll die Staatsregierung bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß die Lohnsteuererstattung von 1931 sofort nachgeholt wird.

Rathenau-Gedenkfeier

Berlin, 25. Juni.

Am zehnjährigen Todestag des ehemaligen Reichsaußenministers Walter Rathenau fand auf Veranlassung der Reichsregierung im Walter Rathenau-Haus in Brunenwald eine Erinnerungsfeier statt. Man sah u. a. Staatssekretär Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten, Staatssekretär Brandt in Vertretung des Reichsanzlers, Staatssekretär Zweigert als Vertreter des Reichsinnenministers und Ministerialdirektor Köpfe sowie den preussischen Innenminister Severing und den Reichstagspräsidenten Löbe, außerdem eine Anzahl früherer Freunde und Mitarbeiter Rathenaus. Namens der Rathenausfamilie begrüßte Ministerialdirektor Brecht die Anwesenden in den Räumen, die Rathenau bis zu seinem Tode bewohnt hat und die sich heute noch in dem gleichen unveränderten Zustande befinden.

Gesandter z. D. von Mutius führt in seiner Gedenkrede u. a. aus: Wenn der Anschlag, dem Reichsminister Rathenau zum Opfer fiel, auf dem Vorwurf beruhte, daß er nicht deutsche Interessen vertrete und als Organ des Auslandes wirke, so sei aus Wort und Tat Rathenaus vor, während und nach dem Kriege sein starker und lauterer Patriotismus mit aller Bestimmtheit festzustellen. In der damaligen Lage Deutschlands sei die sogenannte Erfüllungspolitik zwangsläufig gewesen. Bei der Macht- und Interessenlagerung in Europa sei nur durch das mehrjährige Experiment der Nachweis von der Undurchführbarkeit der Erfüllung zu erbringen gewesen. Man müsse hoffen, daß dieser Nachweis heute in Lausanne, die Oberhand behalte.

Revolution in Siam

König und Minister verhaftet. — Oberstkommandierender erschossen.

Berlin, 25. Juni.

Die „Rössische Zeitung“ veröffentlicht einen telephonischen Bericht der deutschen Fliegerin Marga von Ehdorf aus Bangkok, wonach in der vergangenen Nacht in Siam eine Revolution ausgebrochen ist. Die königliche Familie wäre gefangengenommen.

Auf den Straßen von Bangkok jubeln man den revoltierenden Soldaten und Matrosen zu, die sämtliche Straßenzüge besetzt halten. Überall seien Tanks und Maschinengewehre aufgestellt; die Führung der Revolution liege offensichtlich in Händen der Volkspartei, der sich Militärtruppen und Marine angeschlossen haben.

Die Generallstabsoffiziere seien mit sämtlichen Mitgliedern der Regierung festgenommen, der Oberstkommandierende der Armee sei, als er Widerstand leistete, erschossen worden. Die Revolution käme völlig überraschend. Bis zur Stunde sei noch nicht einmal der Name des Anführers bekannt.

Nach einer ergänzenden Meldung aus Bangkok sind die Gründe für die revolutionäre Bewegung in dem Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes infolge Abgehens vom Goldstandard und in der Unzufriedenheit unter der Beamtenschaft und den Offizieren wegen der eingetretenen bedeutenden Kürzung der Gehälter zu erblicken. Es ist beachtlich, eine verfassungsmäßige Regierung unter Ausschaltung der Prinzenherrschaft zu schaffen. Am Freitagnachmittag wurde die konstitutionelle Monarchie ausgerufen.

An den Folgen eines Hufschlags gestorben. **Bawen.** An den Folgen eines Hufschlags ist der 41 Jahre alte Gutbesitzer Max Otto Sündlerhau auf Burthardsgrün im hiesigen Krankenhaus gestorben. Er war während des Kampfes von einem Pferde so geschlagen worden, daß eine Darmverletzung eintrat.

Um die innere Ruhe

Nationalsozialistische Intervention.

Berlin, 25. Juni.

Vertreter der preussischen Landtagsfraktion der Nationalsozialisten sprachen gestern bei Oberst von Bredow als Stellvertreter des Reichswehrministers und beim Reichsinnenminister von Gaal vor und wiesen unter Vorlage einer großen Menge Materials auf die fortgesetzten Ueberfälle auf Nationalsozialisten hin.

Der Reichsinnenminister erklärte, daß er die Mitteilungen der Vertreter der NSDAP offiziell zur Kenntnis genommen habe. Es würden die geeigneten Schritte zur Wiederherstellung der gesetzlichen Zustände innerhalb von 24 Stunden vorgenommen werden.

Es wird angenommen, daß das Demonstrationsverbot für das ganze Reich bis Mitte kommender Woche zu erlassen ist.

Kommunistische Ausschreitungen bei einer Beerdigung.

Duisburg. Die Beerdigung des Kommunisten Wischoj, der einer bei heftigen Ausschreitungen erlittenen Stichverletzung erlegen war, verjüngte die Kommunisten zu

einem großen Propagandazug zu gestalten. Aus allen umliegenden Städten waren Parteianhänger in Duisburg zusammengekömmt. Man schätzte die Menge auf 10- bis 12 000 Personen, darunter viele Frauen und Kinder. Die Polizei begleitete die Züge auf 30 Ueberfallwagen. Schon zu Beginn war es im Stadtteil Ruhrort zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die das Entfallen der roten Fahne beanstandete hatte. Die Beamten mußten vom Gummiknüppel Gebrauch machen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Es erfolgten auch einige Festnahmen. Als eine Schalmeikapelle verbotene Lieder des Rotfrontkämpferbundes spielte, versuchten die Beamten, die Kapelle abzufragen. Hierbei gingen die Kommunisten mit Stöcken und Steinen gegen die Polizei vor. Angesichts der bedrohlichen Haltung der riesigen Menschenmenge griffen die Beamten zu den Karabinern. Zwei Demonstranten erlitten Schußverletzungen.

Hamburg: Ein neues Todesopfer.

Als drittes Todesopfer der blutigen Zusammenstöße, die sich am Sonnabend zwischen Polizei und Kommunisten in Hamburg-St. Georg abspielten, ist der Polizeiwachtmeister Helm jetzt seinen Verletzungen erlegen.



Aus dem Unruhen-Herd in Berlin-Moabit.

Wasserwerk-Auto und Mannschaf-Schnellwagen der Polizei in einer Straße in Moabit.

Da auf kommunistischer Seite die Absicht bestanden haben soll, entgegen dem Verbot eine große Demonstration Kundgebung in Berlin zu veranstalten, wurde die Polizei eingesetzt, um jede größere Ansammlung zu zerstreuen. Dabei kam es vor allem in Moabit zu schweren Stravallen, bei denen die Kommunisten regelrechte Barrikaden errichteten. Die Polizei mußte alle technischen Mittel, wie die neuen Wasserleitwagen und Panzerautos einsetzen, um die Ordnung wieder herzustellen.

Politische Rundschau.

Eine Stadt unter dem Hammer.

Die Stadt Köben a. D., die in Konkurs geraten ist, soll jetzt freihändig verkauft werden. Eine ganze Stadt unter dem Hammer! Zum Verkauf stehen Acker, Wiesen und Baugelände, das etwa 200 Morgen große Stadtgut, das städtische Hartsteinwerk mit Inventar und Sandgruben, mehrere Hausgrundstücke sowie der städtische Park, der etwa 800 Morgen groß ist. Zur Masse gehören außerdem ein Sportplatz, ein Krankenhaus sowie ein Barvermögen von 25 000 RM, und die Außenstände aus den abgetretenen Vermögenswerten.

Kürzung der oberen Beamtengehälter in Anhalt.

Das anhaltische Staatsministerium hat eine Notverordnung beschlossen, die infolge der Senkung der Ministergehälter auf 12 000 Mark im Jahre notwendig wurde. Danach werden die Gehälter der Ministerialdirektoren, Präsidenten, Ministerialräte so gekürzt, daß sie unter der 12 000-Mark-Grenze der Ministergehälter liegen.

Die Folgen der Wahl in Mecklenburg-Schwerin.

Wie die Pressestelle des mecklenburg-schwerinschen Staatsministeriums mitteilt, haben Ministerpräsident Eichenburg sowie die Staatsminister Haack und Dr. Schleifinger dem Staatsministerium gegenüber die Erklärung abgegeben, daß sie ihre Entlassung nehmen. Das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium hat dem Landtag davon Kenntnis gegeben.

Württemberg's Landtag arbeitsunfähig.

In der Freitagssitzung des Württembergischen Landtages kam es abends zu erregten Szenen, als die nationalsozialistischen Abgeordneten wieder in Uniform erschienen. Ein Zentrumsantrag auf Vertagung des Hauses wurde vom Landtagspräsidenten nicht zugelassen. Darauf verließen die Zentrumsabgeordneten und die Abgeordneten der Linken den Saal und machten den Landtag beschlußunfähig.

Vor dem Zusammenbruch . . .

In der Gemeinderatsitzung von Wallerfangen im Saargebiet, dem Wohnsitz des Reichsanzlers von Papen, wies der Bürgermeister darauf hin, daß die Gemeinde am Ende ihrer Kraft angelangt sei. Seit Monaten habe man sich bereits mit fremdem Geld geholfen. Jetzt sei man so weit, daß am heutigen Sonnabend die Unterstützungen nicht ausgezahlt werden könnten. Eingaben an die saarländische Regierungskommission, sowie mündliche Berichte seien bisher erfolglos geblieben.

Der deutsche Flottenbesuch in Danzig.

Auf dem Garnisonfriedhof in Danzig fand am Denmal der Gefallenen des Kreuzers „Magdeburg“ eine kurze Feier statt. Der Kommandant der „Schlesien“ legte im Namen der deutschen Reichsmarine einen Kranz nieder. Darauf begaben sich die Abordnungen zum Grabe des Kapitäns zur See Weikmann, der am 22. August 1870 französischen Kriegsschiffen in der Danziger Bucht ein siegreiches Gefecht geliefert hat. An diesem Denmal wurde eine vom Flottenverein Zoppot gestiftete Gedenktafel enthüllt.

Die amerikanische Arbeitslosenhilfe.

Die amerikanische Arbeitslosenhilfsvorlage sieht eine Erhöhung des Kapitals der Wiederaufbau- und Finanzierungs-Gesellschaft um 1500 Millionen Dollar sowie eine Bondemission in Höhe von 500 Millionen Dollar für öffentliche Bauarbeiten und die Bereitstellung von 300 Millionen Dollar für Darlehen an Einzelstaaten vor. Die Vorlage geht jetzt der Konferenz beider Häuser zu.

Straßenbaupläne der Reichsregierung.

Die Reichsregierung verhandelt zur Zeit mit einer Bankengruppe unter Führung der Reichscredit-Gesellschaft über die Diskontierung von 60 Millionen Mark Reichsbankdiskontwechseln für die Finanzierung von Notstandarbeiten im Straßenbau. Eine fühlbare Arbeitsmarktentlastung ist durch diese Straßenbauarbeiten kaum zu erwarten, da nur etwa 25 000 Mann bei jährlicher Beschäftigung eingestellt werden dürften.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Forellen in der Ostsee.

Kolberg. Vor 2 Jahren hatte die Deutsche Wissenschaftliche Kommission für Meeresforschung rund 1300 aus pommerischen Binnenlandzuchtanstalten gelieferte Forellen in der Ostsee ausgesetzt. Man wollte feststellen, ob und wie die im Binnenwasser heimischen Nachforellen im Salzwasser der Ostsee leben würden. Die Fische wurden in Kolberg durch Aluminiumplättchen markiert. Der Versuch hat, wie jetzt verlautet, ergeben, daß die Forellen sich nicht nur zu schweren Exemplaren entwickelt, sondern in der Ostsee unter Ablegung der olivgrünen Farbe und der typisch orangefarbenen Flecken die Farbe des in der See heimischen Lachses angenommen haben.

Sprengstoffanschlag auf eine Lehrerwohnung.

Norden (Kreis Hannover). Auf das Haus des Lehrers Gerken in dem Dorf Ostel wurde nachts ein Sprengstoffanschlag verübt, und zwar waren die Täter, nachdem sie eine Fenster Scheibe zertrümmert hatten, einen Sprengkörper ins Zimmer, der explodierte und in dem Raum erheblichen Schaden an Möbeln und Wänden anrichtete, sowie auch die Tür demolierte. Ein Brand, der infolge der Explosion ausbrach, konnte gelöscht werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Die Motive der Tat sind vorläufig noch unklar, da sich der geraubt. Mehrere Fahrgäste, darunter Frauen und Kinder,

Schneeessal bei Bologna.

Rom. Infolge von heftigen Niederschlägen und Gewitterstürmen machte sich in Italien ein erheblicher Rückgang der Temperatur bemerkbar. Auf dem Appennin bei Bologna hat es sogar heftig geschneit. In mehreren Gebieten werden Ueberflutungen gemeldet. Eine Windstöße hat in der Nähe von Venedig 5 Häuser abgedeckt. Ein Zementstreifen von etwa 80 Kilogramm ist über 200 Meter weit geschleudert worden.

Chinesischer Expresszug überfallen.

Mudan. Etwa 70 Kilometer östlich von Charbin wurde am Freitag ein Expresszug der ostchinesischen Eisenbahn von Freischärlern überfallen und vollkommen ausgeraubt. Mehrere Fahrgäste, darunter Frauen und Kinder, wurden gefangengenommen. Japanische Truppen verfolgten die Freischärler.